

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	VA	PA	76. RR
Datum				04.04.2019
NIEDERSCHRIFT				
Düsseldorf, den 27. Mai 2019				

Ort der Sitzung: Plenarsaal der Bezirksregierung Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.25 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die 75. Sitzung des Regionalrates am 13.12.2018**
3. **Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
4. **2. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Städte Geldern, Kevelaer und Straelen und der Gemeinden Uedem und Wachtendonk (Gewerbeflächenpool Kreis Kleve)**
hier: Erarbeitungsbeschluss

Vorlage: 6/ 73 PA bzw. 4/ 76 RR

Berichterstattung im RR: *CDU*

5. **Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2019**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Vorlage: 3/ 65 VA bzw. 5/ 76 RR

Berichterstattung im RR: *SPD*

6. **Strukturwandel**

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Kruse als neuen Abteilungsleiter der Abteilung 2.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und weist auf die vorliegenden Tischvorlagen hin.

Der Regionalrat beschließt die Tagesordnung.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 75. Sitzung des Regionalrates am 13.12.2018

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

TOP 3 Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Frau Regierungspräsidentin Radermacher begrüßt alle Anwesenden und informiert über die nachfolgenden aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Erste Regionalplanänderung

Frau Radermacher erklärt, vor rund einem Jahr am 18.5.2018 habe hier im Plenarsaal die Auftaktveranstaltung zur ersten Regionalplanänderung mit Vertretern aller Kommunen aus dem Planungsraum stattgefunden. Mit dieser Änderung sei beabsichtigt, mehr Wohnbauland am Rhein zu schaffen. Das dies in der Öffentlichkeit, in der Presse, bei der kommunalen Politik, den Kommunen und Anrainern zu Diskussionen führe, sei zu erwarten gewesen.

Beim Aufstellungsbeschluss zum Regionalplan Düsseldorf im Dezember 2017 wurde die Idee verfolgt, den doch recht eng geratenen „ASB Rahmen“ im Regionalplan Düsseldorf mit einer ersten Änderung so zu erweitern, dass die Kommunen deutlich mehr Möglichkeiten haben auf den unumstrittenen aktuellen Engpass im Bereich des Wohnungsbaus flächenmäßig besser reagieren zu können. Daher habe das Dezernat 32 in den vergangenen Monaten in intensiver Zusammenarbeit mit den Kommunen alle möglichen Flächenoptionen in der Region ausgelotet; hierfür dankt Frau Radermacher der Verwaltung und den Kommunen.

Gleichzeitig wurde von den Kolleginnen und Kollegen eine neue Bedarfsberechnung erstellt, die die aktuellen Bevölkerungs- und Haushaltsvorausberechnungen von IT.NRW zu Grunde legt. Diese sei auch im Planungsausschuss der vergangenen Woche vorgestellt und diskutiert worden.

Die neue Bedarfsberechnung zeige, dass 50 % mehr Siedlungspotentiale im Regionalplan Düsseldorf dargestellt werden können, als das im Regionalplan Düsseldorf in seiner rechtskräftigen Form getan wurde, wenn man das Ziel einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung zugrunde legt. Mit 50.000 Wohneinheiten würden die regionalplanerischen Reserven verdoppelt. Diese Menge an neuen Flächen sei unter den bekannten örtlichen Voraussetzungen kein Pappentier. Widerstände gegen Baumaßnahmen seien nicht ungewöhnlich; von der einen Seite werden sie befürwortet, von der anderen abgelehnt. Insofern sei es nicht verwunderlich, dass dies bei der Schaffung von Bauland nicht anders ist.

Frau Radermacher macht deutlich, dass bei der geplanten Änderung auch geprüft werde, inwieweit ein etwaiger Flächenverbrauch ein mögliches Umweltproblem darstelle. Für die Wachstumsregion sei es sicher keine Alternative, keine Gebiete auszuweisen.

In diesem Zusammenhang weist die Regierungspräsidentin darauf hin, dass mit den Steckbriefen ein transparentes Flächenrankingsystem entwickelt worden sei, das helfen soll, über persönliche Interessen und lokalpolitische Einschätzungen hinweg sachliche Argumente zu finden. Dabei würden wirklich alle Innen- und Außenpotentiale untersucht mit dem Ziel, die plausibel besseren Alternativen für die wachsende Region zu identifizieren. Frau Radermacher bittet darum, bei Rückfragen für kommunalpolitische Diskussionen vor Ort, die Mitarbeiter der Regionalplanungsbehörde zu kontaktieren, damit ein zügiger und von sachlicher Diskussion geprägter Prozess ermöglicht werden könne. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussionen der Vergangenheit um Kiesabbaugebiete, welche viel Rückgrat erforderten und keine leichte Entscheidung waren.

Digitale Modellregion

Wie bereits in den letzten Reden angesprochen, liege ein Ziel der NRW-Landesregierung darin, den Digitalisierungsprozess in den Kommunen zu beschleunigen. Diesen Prozess unterstütze das Land finanziell.

Frau Radermacher erläutert, es gebe fünf „digitale Modellkommunen“ in NRW, davon liege eine mit der Leitkommune Wuppertal und den Städten Solingen und Remscheid, also dem bergischen Städtedreieck, in unserem Planungsraum. Diese seien mit konkreten Projekten aus den Bereichen E-Government und Smart-City auf einem guten Weg.

Sie berichtet, die Fördermaßnahme der Leitkommune das „Projektbüro“ sei inzwischen bewilligt und arbeite bereits seit November 2018. Die „Einführung eines digitalen Aktenplans“ werde einem Zuwendungsbescheid von mehr als 2 Mio. € unterstützt. Auch gebe es einen Antragsentwurf zur Förderung von digitalen Prozessen im Bürgerservice rund um die Bereiche Kindergarten, OGS, Schulen, Familie usw. Wichtig sei hierbei festzuhalten, dass diese Projekte auch auf andere Kommunen übertragbar seien.

Zu den geplanten Fördermaßnahmen der Städte Solingen und Remscheid äußert sie, dass diese sich auf die Bereiche „Bergische Prozessbibliothek“, Serviceportal sowie der Digitalisierung des Meldewesens und des Ausländeramtes konzentrieren. Hier befinde man sich derzeit in der Förder-, bzw. Prüfphase. Gleiches gelte für die Fördermaßnahmen aus dem Bereich Smart City. Diese konzentrieren sich auf den für die Innenstädte bedeutenden Bereich der Mobilität.

Breitbandausbau

Frau Radermacher bittet, auch im Namen von Herrn Minister Pinkwart, die nachfolgende Information in die kommunalen Parlamente mitzunehmen. Für den Breitbandausbau seien noch Fördergelder vorhanden, welche bisher leider nicht abgerufen wurden. Ziel der Landesregierung sei es den Breitbandausbau in NRW zügig weiter voranzutreiben.

Planfeststellungsverfahren A 40 / Rheinbrücke Neuenkamp

Frau Radermacher informiert, dass das Planfeststellungsverfahren Rheinbrücke Neuenkamp abgeschlossen sei. Es gebe keine Einwendungen, der Beschluss sei rechtskräftig und es bestehe vollziehbares Baurecht. Die Firma DEGES plane ab Sommer 2019 mit den Arbeiten zu beginnen. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die „alte“ Brücke mit Wiegeanlage hin. Bisher wurden dort täglich rund 50 rechtswidrig überladene Lkw vor der A40 - Rheinbrücke Neuenkamp aus dem Verkehr gezogen.

Personalwechsel

Zum Abschluss stellt Frau Radermacher noch einmal den neuen Abteilungsdirektor Herrn Kruse vor, der Herrn Dr. Kamp als Leiter der Abteilung 2 nachfolgt.

Des Weiteren weist sie auf einen Personalwechsel in der Geschäftsstelle des Regionalrates hin. Sie dankt Herrn Häfner, der die Leitung seit Februar dieses Jahres kommissarisch übernommen hat. Wie bereits bekannt, werde diese dann von Frau Knappert ab dem 01.05.2019 übernommen.

Der genaue Wortlaut ist der Videoaufzeichnung zu entnehmen, die auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter dem Top 3 der Tagesordnung der 76. Regionalratssitzung gespeichert ist:

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2019/doc/76RR_Tagesordnung/index.html

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4 2. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Städte Geldern, Kevelaer und Straelen und der Gemeinden Uedem und Wachtendonk (Gewerbeflächenpool Kreis Kleve)
hier: Erarbeitungsbeschluss

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 6/ 73 PA bzw. 4/ 76 RR vom 01.03.2019.

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratung im Planungsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat fasst einstimmig in seiner Sitzung am 04.04.2019 den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 6/ 73 PA bzw. 4/ 76 RR vom 01.03.2019.:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) die Erarbeitung der 2. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) in Geldern, Kevelaer, Straelen, Uedem und Wachtendonk (Gewerbeflächenpool Kreis Kleve) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Die in der Anlage 4 aufgeführten Beteiligten sind zur Mitwirkung an dem Verfahren aufzufordern (vgl. § 9 ROG i.V.m. § 13 Abs. 1 LPIG). Ihnen ist Gelegenheit zu geben, innerhalb einer Frist von 2 Monaten Bedenken und Anregungen vorzubringen. Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn es sich im Laufe des Verfahrens als notwendig erweist.
3. Parallel hierzu wird der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, zur beabsichtigten Regionalplanänderung Stellung zu nehmen (vgl. § 9 ROG i.V.m. § 13 Abs. 1 LPIG). Hierzu wird die Regionalplanänderung beim Kreis Kleve und der Bezirksregierung Düsseldorf für die Dauer von 2 Monaten öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung werden mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf bekannt gemacht.

TOP 5 Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2019
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand war die Sitzungsvorlage 3/ 64 VA bzw. 5/ 76 RR vom 22.05.2019, ergänzt durch die Tischvorlage.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Beschlussfassung auf die Tischvorlage beziehe. Ferner wurde dem Tagesordnungspunkt der ebenfalls als Tischvorlage vom 02.04.2019 vorliegende Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2019 zugeordnet, welcher im Anschluss thematisiert werde.

Herr Edelhoff (SPD) berichtet über die Beratung im Verkehrsausschuss.

Herr Papen (CDU) sagt, seine Fraktion danke der Landesregierung für eine höhere Förderung.

Der Regionalrat fasst einstimmig in seiner Sitzung am 04.04.2019 den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 3/ 64 VA bzw. 5/ 74 RR vom 22.05.2019:

Das angepasste Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2019 wird gemäß Anlage 2 der Tischvorlage zu TOP 3 der 64. Verkehrsausschusssitzung am 21.03.2019 beschlossen.

Im Anschluss erteilt Herr Petruschke (CDU) Herrn Edelhoff (SPD) das Wort, daraufhin erläutert dieser die Resolution seiner Fraktion (Tischvorlage vom 02.04.2019).

Herr Papen (CDU) merkt an, ihm sei – als Vorsitzender des Verkehrsausschusses – vom Vorsitzenden der Kommission für Verkehr und Regionale Entwicklung des Regionalrates Detmold ein Vorschlag für eine Resolution zu "Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten" mit der Bitte zugegangen, diese auch in den anderen Regionalräten zu beschließen. In Absprache mit der Geschäftsstelle möchte er diesen Vorschlag zunächst dem Ältestenrat in der anschließenden Sitzung zur Kenntnis geben. Weiter schlägt Herr Papen vor, beide Resolutionen in die kommende Verkehrsausschusssitzung zu verweisen.

Herr Suika (FDP/FW) weist darauf hin, es gebe ja bereits beim Land ein Förderprogramm kommunaler Klimaschutz. In Anbetracht dessen und unter Berücksichtigung weiterer Förderprogramme des Bundes sollte man sich die in der Resolution der SPD genannten Punkten noch mal ausführlich anschauen. Seine Fraktion unterstütze daher den Vorschlag von Herrn Papen, die Resolution in den Verkehrsausschuss zu verweisen und dort zu beraten.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt den Antrag der SPD im Namen seiner Fraktion hinsichtlich einer Reduzierung der Schadstoffwerte besonders tätig zu werden. Unter Verweis auf die Anmerkungen von Herrn Suika bittet er die Verwaltung um eine entsprechende Übersicht bis zur nächsten VA-Sitzung.

Herr Edelhoff (SPD) bittet ebenso um Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag seiner Fraktion.

Der Regionalrat fasst einstimmig in seiner Sitzung am 04.04.2019 den folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt die als Tischvorlage vorliegende Resolution der SPD-Fraktion vom 25.03.2019 und die von Herrn Papen als Vorsitzender des Verkehrsausschusses angesprochene Resolution zu "Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten" (Beschluss der Sitzung der Kommission für Verkehr und Regionale Entwicklung Detmold am 15.03.2019) in der kommenden Verkehrsausschusssitzung am 13. Juni 2019 zu beraten.

TOP 6 Strukturwandel

Gegenstand der Beratung war der Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 01.04.2019.

Herr Papen (CDU) erläutert den als Tischvorlage 6/75 RR vom 02.04.2019 vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die am kommenden Montag stattfindende Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe IRR der Regionalräte Düsseldorf und Köln. Er betont, die Fraktionen möchten mit ihrem Antrag den Strukturwandel im Rheinischen Revier im Rahmen der Möglichkeiten und räumlichen Zuständigkeiten dieses Gremiums gestalten bzw. auf Ebene der Regionalplanung die nötigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Strukturwandel schaffen.

Herr Steinmetz (IHK) sagt, man stehe in der Region mit dem Ausstieg aus dem Braunkohletagebau und dem Strukturwandel vor einer riesigen Herausforderung. Damit knüpft er an die Ausführungen seines Vorredners an, im Zuge des Strukturwandels die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wegfallende Arbeitsplätze kompensiert werden. Dies könne durch die Bereitstellung von ausreichenden Gewerbe- und Industrieflächen, als auch durch Neuansiedlung von Unternehmen und durch die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen geschehen. Er bittet, das Handwerk, die Landwirtschaft sowie die Industrie und das Gewerbe in diesen Prozess einzubeziehen.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt den geschilderten Herausforderungen zu und weist ferner darauf hin, dass dies jedoch auch eine Chance sei, den Raum neu zu strukturieren und zu gestalten. Er regt eine enge Zusammenarbeit mit dem Regionalrat Köln sowie der Verwaltungen untereinander an und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion sowohl zum Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion, als auch zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion. Zu seinen Anregungen hinsichtlich der Einbindung der Verwaltung, erläutert Herr Petrauschke, das Land NRW habe erklärt, dass Fördermaßnahmen für das Rheinische Revier ausschließlich über die Kölner Bezirksregierung abgewickelt würden. Unabhängig davon sei die Bezirksregierung Köln zuständig für den Braunkohlenplan.

Herr Wurm (SPD) begründet den Ergänzungsantrag seiner Fraktion und hält fest, dass die Wichtigkeit des Strukturwandels und die Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung ausführlich dargestellt wurden. Er betont, mit der planerischen Gestaltung müsse jetzt begonnen werden, man solle nicht abwarten. Einige Akteure wie beispielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Industrie- und Handelskammern (IHK) würden dies bereits in Form der Gestaltung eines Leitbildes tun, welches dann die Form eines Masterplanes habe. Die Bezirksregierung Düsseldorf sei durch die ihr zur Verfügung gestellten Flächen bei der Planung eingeschränkt. Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung, neben der Hilfestellung für die bereits planenden Kommunen, auch selbstständig tätig werden könnte. Insofern werde der Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion seitens seiner Fraktion unterstützt, gleichzeitig würden aber einige wichtige Hinweise und Forderungen fehlen, die weiteren Ausführungen dazu werde Herr Thiel machen.

Im Anschluss erläutert Herr Thiel (SPD) den Antrag seiner Fraktion und erinnert an die interfraktionelle Arbeitsgruppensitzung, in der man sich darauf verständigt habe, einen Masterplan als geeignetes Instrument zur Abstimmung und Koordinierung der unterschiedlichen Planungen zu erstellen. Der Anspruch frühzeitig zu handeln, sei jedoch nicht möglich, da planerisch diese Flächen erst in ca. 20 Jahren zur Verfügung stünden. Bis dato werde z.B. die Nachfolgenutzung durch den Braunkohleausschuss über das Bergrecht als Rekultivierungsflächen für die Landwirtschaft bzw. in geringem Maße für Natur und Landschaft festgelegt. Eine infrastrukturelle Nutzung oder auch für neue Gewerbeflächen sei nicht vorgesehen. Um möglichen künftigen Nutzungskonflikten entgegen zu wirken, solle die Verwaltung beauftragt werden, Initiativen zu ergreifen, die eine räumliche Entwicklungsplanung durch die Bezirksplanungsbehörden und durch die Regionalräte Düsseldorf und Köln zum nächstmöglichen Zeitpunkt rechtlich möglich macht.

Herr Thiel sagt, dies könne im Rahmen einer Leitentscheidung, eines Leitbildes erfolgen und bittet um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen erfolgen von Herrn Schiffer (FDP/FW), Herrn Papen (CDU), Herrn Krause (Bündnis 90/ Die Grünen), Herrn Petrauschke (CDU), Herrn Thiel (SPD), Herrn Brügge (CDU), Frau Wolf (DGB) und Herrn Wurm (SPD). Im Ergebnis sprechen sich diese für eine frühzeitige Begleitung des Strukturwandels im Rheinischen Revier durch die Regionalplanungsbehörde und den Regionalrat aus. Ferner wird hervorgehoben, dass dies nur im Rahmen der regionalplanerischen Zuständigkeiten und in Abstimmung mit der ZRR GmbH sowie weiteren Akteuren aus Wirtschaft, Landwirtschaft sowie der Naturschutzverbände und Gewerkschaften möglich sei; eine Einigung über das weitere Vorgehen und Votum zu den vorliegenden Resolutionsanträgen bleibt jedoch aus.

Der genaue Wortlaut der Diskussion ist der Videoaufzeichnung zu entnehmen, die auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter dem Top 6 der Tagesordnung der 76. Regionalratssitzung gespeichert ist:

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2019/doc/76RR_Tagesordnung/index.html.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Schiffer (FDP/FW) auf Unterbrechung der Sitzung zur fraktionsübergreifenden Beratung über die weitere Vorgehensweise abstimmen. Nach allgemeiner Zustimmung unterbricht er im Anschluss die Sitzung für eine 10-minütige Beratung.

Nach der Beratungspause verliest Herr Häfner (Verwaltung) den fraktionsübergreifend abgestimmten Wortlaut des ergänzten Antrags.

Der Vorsitzende lässt über den in der Sitzung ergänzten und als Tischvorlage vom 02.04.2019 vorliegenden Antrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion wie folgt abstimmen:

Der Regionalrat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und weiteren Akteuren, insbesondere der Stadt Mönchengladbach und dem Rhein-Kreis Neuss einschließlich dessen Städte und Gemeinden einen Masterplan zur räumlichen Entwicklung des zukünftig nicht mehr unter Bergrecht liegenden Raumes

des Rheinischen Reviers im Planungsraum Düsseldorf zu erarbeiten. Die Verwaltung soll den Masterplan in Ableitung des Leitbildes „Zukunftsfeld Raum und Infrastruktur“ der ZRR erstellen. Dabei sollen insbesondere auch die Ideen des Rheinischen Sixpack, des Zweckverbandes Tagebaufolge(n)landschaft Garzweiler und des von IHK und DGB gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss und den Kommunen Jüchen, Rommerskirchen und Grevenbroich initiierten Bündnisses für Strukturwandel mit einfließen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Regionalen Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes die zusätzlichen Flächenbedarfe insbesondere für Gewerbe- und Industrieflächen zur Gestaltung eines bruchfreien Strukturwandels zu berücksichtigen und über Regionalplanänderungsverfahren entsprechende Flächen im Regionalplan zu verorten.

Der Vorsitzende beendet die Regionalratsitzung um 11.25 Uhr.

Petrauschke
(Vorsitzender des
Regionalrates)

Reese
(stellvertr. Vorsitzender
des Regionalrates)

Sablofski
(Schriftführerin
Geschäftsstelle)

Der Regionalrat Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 04.04.2019

Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	√
Brügge, Dirk	√
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl Heinz	√
Läckes, Manfred	√
Müller, Michael	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	√
Eicker, Sigrid	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Reese, Klaus Jürgen	√
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Wurm, Günter	√

FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	√

Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	√
Tietz, Uwe	

Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

fraktionslos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kaus, Karsten	Arbeitnehmervertretung	√
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Radermacher *(bis zu Beginn von TOP 6)*

Herr Abteilungsdirektor Kruse	Abteilung 2
Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Frau Abteilungsdirektorin Dr. Küster	Abteilung 5
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Blinde	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Fels	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Gruß	Dezernat 32
Herr Oberregierungsrat Falkner	Dezernat 32
Herr Oberregierungsbaurat Huben	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Burgsmüller	Dezernat 32
Herr Regierungsrat Häfner	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Gunkel	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32